

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

5.12.1925 (No. 283)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkontonummer: Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. Mend. Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.—, Vierteljährlich 8.—, Halbjährlich 15.—, Einjährig 30.—, Zweijährig 58.—, Dreijährig 85.—. Anzeigengebühren: 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite. Bei längerer Dauer und bei besonderen Umständen wird die Berechnung nach dem Tarif des Anzeigers des Anwerbers berechnet. Bei Klagerbetrieben, Zwangsverwaltungen, Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Stellen wird die Berechnung nach dem Tarif des Anzeigers des Anwerbers berechnet. Bei Klagerbetrieben, Zwangsverwaltungen, Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Stellen wird die Berechnung nach dem Tarif des Anzeigers des Anwerbers berechnet. Bei Klagerbetrieben, Zwangsverwaltungen, Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Stellen wird die Berechnung nach dem Tarif des Anzeigers des Anwerbers berechnet.

* Die Flaggenfrage

Man muß die politische Debatte im badischen Landtag, soweit sie sich auf das bekannte Flaggenverbot beim Besuch Hindenburgs bezog, von zwei Standpunkten aus beleuchten. Der eine ist der Standpunkt des Verwaltungs- und Polizeibeamten, der andere der des Politikers. Beleuchtet man so die Anordnung der badischen Regierung, so gelangt man bei einer wirklich ruhigen und unbefangenen Betrachtungsweise zu dem Ergebnis, daß die Auffassung der Regierung nach beiden Richtungen hin durchaus zu billigen ist.

Auf der Polizei ruhte am Tage des Hindenburgbesuches die Verantwortung für einen unge störten Verlauf des Einzugs. Wie hätte eine gewisse Presse triumphiert, wenn es gerade bei dieser Gelegenheit unter der Regide eines sozialdemokratischen Polizeiministers zu Ruhestörungen gekommen wäre. Solche Ruhestörungen waren zu befürchten, wenn Rechtsradikale und Kommunisten zusammenstiehen. Also mußte alles vermieden werden, was von dieser oder jener Seite her provozierend wirken konnte. Und deshalb erging die Anordnung der Regierung. Der Erfolg hat ihr recht gegeben: es ist auch nicht zu den leisesten Ruhestörungen gekommen. Allen berechtigten Wünschen wurde indessen Rechnung getragen; solche Vereine und Korporationen, die schon von jeher Schwarz-Weiß-Rot als Farbensymbol haben, durften diese Fahne auch im Zuge führen. Das Verbot erstreckte sich lediglich auf etwaige Versuche, die schwarz-weiß-roten Farben zu politischen Demonstrationen zu mißbrauchen. Damit ist unferes Erachtens nicht nur der öffentlichen Ordnung, sondern den Farben Schwarz-Weiß-Rot selbst nur ein Dienst erwiesen worden.

Diese Farben sind, wie auch der Innenminister betont hat, die Farben des alten Reiches und als solche mit Ehrfurcht zu behandeln. Alle Volksgenossen, die von dieser Ehrfurcht beseelt sind, sollten genauestens darauf achten, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot nicht bei unpassenden Gelegenheiten gezeigt werden, damit eine jede Herabsetzung unterbleibt, und sie sollten einer Regierung dankbar sein, die Schritte unternommen hat, um nicht nur die Autorität des neuen Staates zu wahren, sondern gleichzeitig auch irgendwelche Verunglimpferungen der Farben Schwarz-Weiß-Rot auszuschließen. Da hätten ja nur ein paar aufgeregte Kommunisten jugendlichen Alters irgendeine demonstrativ entrollte Flagge zu beschimpfen brauchen, und in der gesamten Presse der rechtsstehenden Parteien wären die schärfsten Angriffe gegen die Regierung laut geworden. Alle solche Mißbilligkeiten sind durch die Anordnung vermieden worden.

Das ist der Standpunkt, wie er sich aus einer vernünftig gehandhabten Verwaltungs- und Polizeipraxis ergibt. Schon bei seiner Erörterung haben wir ganz von selbst auch die politische Seite der Angelegenheit berühren müssen, ohne dem politischen Standpunkt damit allerdings vollkommen gerecht zu werden. Dieser politische Standpunkt ist folgender: in durchaus legaler Weise hat die verfassungsgebende Nationalversammlung seinerzeit mit großer Mehrheit beschlossen, daß mit Ausnahme der Handelsflagge (Schwarz-weiß-rot mit der schwarz-rot-goldenen Wäp) die Farben des Reiches Schwarz-Rot-Gold sein sollen. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel ist von der Minderheit bestritten worden, und dieser Streit dauert auch heute noch an. Sofern er sich auf dem geordneten Wege politischer Resolutionen und parlamentarischer Anträge äußert, entzieht er sich unserer Kritik. Was dagegen lebhaften Unwillen und scharfen Protest hervorrufen muß, das ist das Bestreben, der Vorliebe für Schwarz-Weiß-Rot dadurch Ausdruck zu geben, daß man Schwarz-Rot-Gold beschimpft und verunglimpft. Das ist eine Ungehörigkeit; und es ist verständlich, daß die republikanisch gesinnten Teile des Volkes — und das ist ja die Mehrheit — sich solche Ungehörigkeiten nicht gefallen lassen.

Da aber Schwarz-Rot-Gold die durch die Verfassung als gesetzlich vorgeschriebenen Farben des Reiches sind, haben alle Regierungen die Verpflichtung, diese Farben zu achten und zu schützen, mag der betreffende Vertreter der Regierung innerlich zu der Farbenfrage stehen, wie er will. Der Reichspräsident, der seinem Gefühl nach sicherlich den Farben Schwarz-Weiß-Rot zuneigt, hat mit demselben Augenblick, als er sein Amt übernahm, den Farben des Reiches bei jeder Gelegenheit die ehrende

Stelle zugewiesen, die ihnen zukommt. Parteien aber, die sich von jeher Ordnungsparteien nennen und den Respekt vor der Regierungsautorität bezug, die Bekämpfung illegaler Ausschreitungen traditionell auf ihr Banner geschrieben haben, sollten unbeschadet ihrer Gefühle alles daran setzen, um den offiziellen Farben ihres Vaterlandes die Achtung zu erweisen und ihnen den Respekt zu erwidern, die in einem jeden anderen Lande angesichts der offiziellen Flagge selbstverständlich sind.

Bei alledem geht es natürlich nicht an, wie es oft geschieht, Schwarz-Weiß-Rot als gleichberechtigt neben Schwarz-Rot-Gold zu bezeichnen. Gefühlsmäßig mag dieser oder jener Schwarz-Weiß-Rot den Vorzug geben. Bei offiziellen Angelegenheiten aber ist die Sache anders: Dort muß die verfassungsmäßige Flagge des Reiches vor allen anderen den Vorzug haben. Ignoriert man sie oder stellt man sie in die Ecke, dann beleidigt man damit nicht bloß die republikanischen Parteien, sondern das eigene Vaterland, das eigene Reich. Soviel Ordnungssinn sollte jeder erwachsene Mensch besitzen, daß er sich bei offiziellen Anlässen dem fügt, was nun einmal durch die Verfassung bestimmt ist. Und so gesehen, war es zweifellos ein Mißgriff, daß bei dem Bankett im großen Festhallsaal gelegentlich der Hundertjahr-Feier der Technischen Hochschule von der Ausschmückungskommission jedes Festes schwarz-rot-goldenen Tuches aus dem Saale entfernt worden ist. Solche Handlungen sind, wie gesagt, ungehörig, sie sind aber auch geeignet, uns in den Augen des Auslandes lächerlich zu machen.

Mag ein jeder innerlich über die Verfassung und über ihre einzelnen Bestimmungen denken, wie er will, er schuldet der Verfassung wie jedem Gesetz Gehorsam und Achtung. Und da eine Abstimmung über eine Änderung der Reichsflagge völlig aussichtslos ist, wird sich die Minderheit mit der Zeit auch innerlich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold abfinden. Nach 20 oder 30 Jahren wird man sich über die ganze Frage überhaupt nicht mehr aufregen. Schwarz-Rot-Gold und die Landesfarben werden dann das äußere Bild beherrschen, wenn irgendwie das Zeigen von Farben notwendig ist. Ebenso abwegig ist es, wenn jemand deshalb gegen schwarz-rot-gold opponiert, weil es die Farben der Reichsbannerorganisation ist. Es ist ja nicht die Flagge dieser Organisation, die bei offiziellen Gelegenheiten gezeigt wird, sondern die des Reiches. Im übrigen gibt es ja auch studentische Korporationen mit stark reaktionärer Tendenz, die gleichfalls schwarz-rot-gold führen.

Daß die schwarz-weiß-rote Fahne, wo sie ohne demonstrative Zwecke auftritt oder lediglich den Gefühlen privater Personen Ausdruck gibt, durchaus zu achten und auch zu schützen ist, das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß es eigentlich kaum nötig ist, dies ausdrücklich zu betonen. Wenn man der badischen Regierung in dieser Hinsicht eine andere Gesinnung zugetraut hat, so ist das bedauerlich genug.

Die Gefahr der Besatzungsverstärkung

Im Anschluß an die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete hat der Abgeordnete Lehmann im Namen der Zentrumsfraktion den Reichskanzler in einem Schreiben gebeten, mit aller Energie der Gefahr entgegenzuwirken, daß das besetzte Gebiet eine stärkere Besetzung mit Besatzungstruppen erfahre. Darüber hinaus müsse die Reichsregierung nachdrücklich auf die Abkürzung der Besatzungsfristen hinarbeiten.

Die Engländer in Wiesbaden. Freitag vormittag sind die ersten englischen Truppen auf dem Bahnhof Wiesbaden eingetroffen. Der größte Teil derselben wurde in Richtung Höchst a. M., Königstein weitergeleitet. Eine Abteilung von etwa 100 Mann wurde ausgeladen und nach der requirierten Kaserne gebracht.

Reichswehrminister Dr. Gessler. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist die Nachricht einer Korrespondenz, der zufolge der Reichswehrminister Dr. Gessler dem Reichspräsidenten mitgeteilt haben soll, daß er bei der Neubildung des Kabinetts nicht mehr mit einem Amte betraut werden wolle, nicht richtig. Der Reichswehrminister ist in den letzten Tagen nicht beim Reichspräsidenten gewesen.

Die Frage der Reichsgetreidestelle. Der Entwurf der Reichsregierung über die Reichsgetreidestelle ist vom Landwirtschaftsrat abgelehnt worden, weil er keine geeignete Grundlage bildet, um der Landwirtschaft Hilfe zu bringen. Nur die Landwirtschaftsminister stimmen dafür. Am kommenden Mittwoch soll der Hauptausschuß des Reichswirtschaftsrats Stellung nehmen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Angestellten in Baden

Von Dr. Heinrich Nieber-Karlsruhe

II. Maßnahmen zur Fortbildung der erwerbslosen Angestellten

Unter den Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit der Angestellten zu bekämpfen, ist den auf die Person der Stellenlosen gerichteten am meisten Bedeutung beigemessen worden. Solche Einrichtungen verdienen auch um so mehr Beachtung, als sie von der Wirtschaftslage unabhängig sind.

In der Erkenntnis, daß die Stellung des Angestellten auf dem Arbeitsmarkt vor allem auch von seiner Befähigung, seiner Tüchtigkeit und seinen sonstigen persönlichen Qualitäten abhängt, haben alle größeren badischen Arbeitsämter unentgeltliche Kurse eingerichtet, um dem Angestellten die Erhaltung und Fortbildung seiner Berufskenntnisse zu ermöglichen. Besondere Erwähnung verdienen die Lehrkurse des Arbeitsamts Karlsruhe.

Im Jahre 1924 wurden zunächst Kurse zur Erlernung der englischen Sprache eingerichtet. Die Beteiligung war den Stellenlosen freigestellt. Der Kurs teilte sich in einen solchen für Anfänger und für Fortgeschrittene. Der Unterricht wurde von einem erwerbslosen früheren Leiter eines Pädagogiums erteilt.

Der Bedarf an guten Geschäftsstenographen führte dazu, neben diesen Sprachkursen im Benehmen mit den Angestelltenverbänden Kurse für Kurzschrift einzuführen. Diese Kurse waren gegliedert in Anfängerkurse in der Reichskurzschrift und einen Wiederholungskurs des Systems Stolze-Schrey. Ferner wurde für jene Stellenlose, die ein Kurzschriftsystem einigermaßen beherrschten, ein Schnellschreibkurs eingerichtet. Die Leitung des Unterrichts lag in der Hand geprüfter Kurzschriftlehrer. Im ganzen beteiligten sich 137 Angestellte an diesen Kursen.

Auf Wunsch der Angestelltenverbände wurde im Juni 1925 ein weiterer Kurs für kaufmännische Korrespondenz geschaffen. Für die Teilnahme war hier das 25. Lebensjahr vorgeschrieben. Als Lehrer waren Handelschullehrer tätig. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 230.

Alle Kurse waren so eingerichtet, daß jede Unterrichtsstunde nach Möglichkeit einen selbständigen Lehrgang bildete. Dadurch wurde ermöglicht, daß auch solche Stellenlose, die nicht vom Kursbeginn an mitgemacht hatten, mit Gewinn an den späteren Unterrichtsstunden teilnehmen konnten.

Mit Ausnahme des Kurses für englische Sprache, waren alle Kurse Pflichtkurse. Pflichtig waren alle stellenlosen Angestellten bis zum Alter von 59 Jahren. Die Teilnahmepflicht erstreckte sich auch auf die vom Fürsorgeamt unterstützten ausgesteuerten Angestellten. An den Unterrichtstagen waren die Teilnehmer von der Meldepflicht auf dem Arbeitsamt befreit.

Entsprechende Kurse wurden durch das Arbeitsamt Freiburg ins Leben gerufen. Auch hier stand der Unterricht in Verbindung mit der Handelsschule. Der Lehrplan umfaßte Kurse für Kurzschrift, Maschinenschrift, Buchhaltung und Bilanzkunde. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug 77 Stellenlose. Davon verteilten sich auf den Kurs für Kurzschrift 51, für Maschinenschreiben 42, für Buchführung 29 und für Bilanzkunde 26 Personen.

In Pforzheim, wo bis zum Anfang dieses Jahres besondere Kurse für Stellenlose in Fremdsprachen, Buchführung, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Korrespondenz und kaufmännischem Rechnen durchgeführt worden waren, mußten diese wegen mangelnder Beteiligung wieder aufgegeben werden. Das Arbeitsamt ging statt der Veranstaltung eigener Unterrichtskurse dazu über, die an der Berufsbildung interessierten stellenlosen Angestellten durch Übernahme der Kosten durch die Erwerbslosenfürsorge an den öffentlichen Fachkursen der städtischen Handelsschule teilnehmen zu lassen. Diese Vergünstigung wurde von nur 15 Angestellten in Anspruch genommen.

Förderung der Angestelltenvermittlung.

Neben diesen besonderen Maßnahmen wurde bei fast allen größeren Arbeitsämtern zur Behebung der Ange-

Mit der Beilage: 4. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

stellenstellenlosigkeit durch besondere Werbetätigkeit die Angestelltenvermittlung gefördert. Durch Kundschreiben an große Bürobetriebe, Staats- und Kommunalbehörden wurden diese auf die Not der stellenlosen Angestellten hingewiesen. Es wurde empfohlen, bei der Entlassung weiterer Angestellter auf diese Notlage Bedacht zu nehmen.

Verlängerung der Unterstützungsdauer.

Von besonderer Bedeutung für die unterstützten erwerbslosen Angestellten ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen in den Arbeitsnachweisbezirken Bruchsal, Mannheim und Heidelberg. Durch diese Verlängerung wird allerdings den stellenlosen Angestellten nicht positiv geholfen. Sie verhindert aber eine frühzeitige Aussteuerung und hält dadurch den erwerbslosen Angestellten in engerer Verbindung mit dem Arbeitsamt.

Die Demission des Reichskabinetts

Die deutsche Delegation mit dem Reichsminister und dem Außenminister ist am Freitag mittag von London wieder in Berlin eingetroffen. Nach dem Empfang durch das diplomatische Korps auf dem Reichsplatz begab sich Reichsminister Dr. Luther sofort zur Berichterstattung beim Reichspräsidenten. Heute vormittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt.

Das Rücktrittsgesuch des Reichskabinetts, das heute beschlossen wird, wird laut „Täglicher Rundschau“ dem Reichspräsidenten im Laufe des Nachmittags überreicht werden. Es sei nicht damit zu rechnen, daß der Reichspräsident sofort nach der Annahme der Rücktrittserklärung Auftrag zur Neubildung der Regierung erteilen werde. Voraussichtlich werde er erst in der nächsten Woche Berufung zur Neubildung des Kabinetts ergehen lassen und zwar werde er sich, wie von dem Blatt jetzt bestimmt angenommen wird, an den bisherigen Reichsminister Dr. Luther wenden.

Keine Konferenz in Paris

Eine Londoner Meldung, daß als Fortsetzung der Besprechungen gelegentlich der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages im Februar eine neue Konferenz in Paris stattfinden solle, wird von mehreren Berliner Blättern als unzutreffend bezeichnet. Es würden vielmehr in den in Betracht kommenden europäischen Hauptstädten, also auch in Berlin, Verhandlungen geführt werden, die eine Sonderkonferenz überflüssig machten. Im Verlaufe dieser Verhandlungen könnte sich möglicherweise ergeben, daß der deutsche Außenminister mit dem französischen Ministerpräsidenten in Paris zusammentreffen. Zur Zeit jedoch kein Anlaß zu einer Reise Dr. Stresemanns nach Paris vor. Nach der Rückkehr des Reichsministers für die besetzten Gebiete würden in Coblenz Besprechungen über die noch strittigen Rheinlandsfragen aufgenommen werden.

Was die Bestimmungen für die deutsche Luftfahrt betreffe, so glauben mehrere Blätter, daß die in Paris vorgesehenen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen dürften.

Der Stand der Besoldungsfrage. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, entstehen die in der Berliner Presse enthaltenen Nachrichten über eine geplante einmalige Beihilfe der Beamten der Grundzüge. Wie seinerzeit mitgeteilt wurde, wird die Reichsregierung entsprechend der Erklärung am 25. Nov. im Haushaltsauschuss des Reichstages bis 9. Dez. Material über die wirtschaftliche und finanzielle Lage unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit werden die genannten Fragen, d. h. die Steuerbesoldungs- und Kreditfragen, erörtert werden.

Konkurse und Geschäftsaufsichten im November. Nach einer Mitteilung des statistischen Reichsamtes wurden im November durch den „Reichsanzeiger“ 1343 neue Konkurse ohne die wegen Massenmangel abgelehnten Anträge auf Konkurs-eröffnung und 967 angeordnete Geschäftsaufsichten bekannt gegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 1164 bezw. 633.

Karlsruher Konzerte

Das dieswöchentliche Konzertprogramm begann mit einem Klavierabend des Pforzheimer Organisten und Pianisten Ludwig Kühn. Als Beethovenianer kann er sich jedenfalls hören lassen; denn er ist zweifellos eine ernste und vornehme Musikernatur, der alles äußere Virtuosenfium fernliegt. Fehlt auch hin und wieder die physische Kraft, um den inneren Gesichten völlig gerecht zu werden, so fesselt doch stets die selbstverständliche Sicherheit, mit der hier unter schwerwiegenden Hemmungen eine eigene Gestaltungsgabe am Werke ist. Gelingt es dem Konzertgeber aber noch, deren Eindringlichkeit und Bildhaftigkeit zu steigern, so war der hoffnungsvolle Abend schon mehr als ein bloßes Wertpredigen für die Zukunft.

In der Wochenmitte musizierten erstmals hier die Bläser der Berliner Staatsoper. Mozarts Quintett für Oboe, Klarinette, Fagott, Horn und Klavier machte den Anfang. Wer für solche Besetzung empfänglich ist — und ich möchte wünschen, daß es deren mehr gewesen wären — konnte vollauf zufrieden sein mit der klar gegliederten und durchsichtigen Wiedergabe. Als besonderes Entgegenkommen uns Karlsruhern gegenüber durfte man es registrieren, daß an zweiter Stelle des Programms ein Bläserquintett von Franz Dargz aus Mannheim erschien, der hier zuletzt als Kapellmeister wirkte. Wer hatte sich bis jetzt hier dieses hübschen Werkes angenommen? Und wer wird nun nach dessen glücklicher Wiedergeburt eine der Sinfonien, Konzerte und Sonaten oder gar Opern dieses fruchtbarsten Komponisten hervorholen? In Ludwig Thuille's bekanntem Sextett (op. 6) konnten die Berliner Gäste schließlich alle Vorzüge ihrer Vereinigung zeigen. Dabei ist es auch höchste Zeit, auf den ausgezeichneten Hornisten Georg Boettcher namentlich hinzuweisen und den famosen Begleiter Dr. James Simon zu erwähnen. Auch die übrigen Bläser hätten es eigentlich verdient, hier mit Namen angeführt zu werden.

Vor halbleerem Saal sang schließlich noch Hildegard Bieber-Baumann, die jetzt am Hamburger Stadttheater tätig ist, aber den hiesigen Musikfreunden seit ihrer vorübergehenden Wirksamkeit an unserer Landesbühne in angenehmer Erinnerung steht. Ohne sich in allzu große feilsche und technische Unkosten zu stürzen, interpretierte sie altbekannte Liedgruppen von Brahms, G. Wolf und R. Strauß. Fast allzuviel

Politische Neuigkeiten

Demokratischer Reichstagsparteitag

In Breslau wurde am Freitag der siebte ordentliche Reichstagsparteitag der Demokratischen Partei mit einer Sitzung des Parteiausschusses eingeleitet.

In seinem Bericht betonte Abgeordneter Koch, daß die Große Koalition heute die einzig mögliche Grundlage einer Regierungsbildung im Reich sein könne. In seiner Begrüßungsansprache im Rahmen des Parteitages selbst wies Abgeordneter Hermann-Breslau darauf hin, daß das deutsche Volk, das vor 1914 fast ausschließlich nach West orientiert war, wieder lernen müsse, den Blick nach Osten zu lenken. In dieser Richtung zu wirken, sei die wichtigste Aufgabe der Demokratischen Partei. Prof. Dr. Hellpach-Karlruhe sprach über „Geistesfreiheit und Christentum in ihrem Verhältnis zum germanischen Volkstum u. zum demokratischen Staat.“

In einer dem Parteitag vorhergegangenen öffentlichen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Gaas über Locarno. Die Politik von Locarno gehe in vieler Beziehung auf Männer wie Müller-Franke, Birth, Rathenau und Marx zurück. Die Demokratische Partei verkenne auch nicht, daß diese Politik uns große und schwere Opfer bringe. Dr. Gaas sprach eingehend über den Inhalt der Verträge und fuhr dann fort: Was uns Schmerz und Sorge macht, ist, daß Locarno letzten Endes doch ein Anerkenntnis von Versailles bedeutet. Luther und Stresemann sind in Locarno weiter gegangen, als Birth und Rathenau jemals zu gehen entschlossen waren. Ich darf die Frage aufwerfen: Was wäre geschehen, wenn diese Politik von Birth und Rathenau eingeleitet und geführt worden wäre? Oder wenn Ebert und nicht Hindenburg seinen Namen unter diesen Vertrag gesetzt hätte? Das Ziel von Birth und Rathenau war, zu einer Verständigung mit den andern Mächten zu kommen, aber unter Vermeidung einer freiwilligen Anerkennung des Vertrages von Versailles. Wenn wir jetzt in den Völkerbund kommen, dann kann an der Tatsache nicht vorbeigegangen werden, daß die Bedeutung des Völkerbundes immer im Wachsen ist. Wir können nunmehr für die deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten wirken, wir dürfen damit rechnen, daß die Kölner Zone und auch die andern besetzten Zonen bald geräumt werden, müssen aber auch verlangen, daß nun auch außerhalb Deutschlands mit der Abrüstung Ernst gemacht wird. Locarno war der Bankrott der Weltpolitik. Offenheit ist es zur Rettung der europäischen Kultur nicht zu spät. Zwischen Frankreich und Deutschland muß nun ein aufrichtiges Verhältnis hergestellt werden. Der deutsch-französische Gegensatz, der seit Jahrhunderten das Unglück für Europa war, muß überwunden werden. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Dr. Gaas, daß jetzt nur die Große Koalition als Lösung der augenblicklichen Krise in Frage kommen könne.

Keine nachträgliche Änderung des Kaufpreises

In der Inflationszeit ist es häufig vorgekommen, daß Käufe zu Papiermarkenbeträgen abgeschlossen worden sind, deren Goldmarkwert keineswegs dem wirklichen Wert des Verkaufsobjektes entsprochen habe. U. a. sind auf diese Weise sehr viele Güterüberlassungsverträge abgeschlossen und auch sonstige Grundstücke zu viel zu niedrigen Preisen verkauft worden, wenn man die vereinbarten Papiermarkenbeträge in Goldmark umrechnet. In solchen Fällen ergibt sich die Frage, ob nachträglich eine Erhöhung des ursprünglichen Kaufpreises vorgenommen werden kann, sobald die Kaufsumme in Goldmark auch wirklich dem Wert des Verkaufsobjektes entspricht. Nach der bisherigen Rechtsprechung der Gerichte in diesen Fällen ist, falls nicht aus irgend einem anderen Grunde der Kaufvertrag nichtig ist, eine solche nachträgliche Erhöhung des ursprünglichen Verkaufspreises ausgeschlossen. Es kann also im allerungünstigsten Falle nur der volle Goldmarkwert der z. B. beim Kauf vereinbarten Papiermarkensumme verlangt werden.

Die Tagesordnung des Völkerbundrates

Die am nächsten Montag in Genf unter dem Vorsitz des italienischen Senators Scialoja zusammentretende ordentliche Tagung des Völkerbundrates wird sich mit einigen wichtigen Fragen zu befassen haben. Der bedeutungsvollste Beratungsgegenstand bleibt nach wie vor die Festsetzung der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak in der Gegend von Mosul. Trotz des bekannten juristischen Gutachtens des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag beharrt, wie es scheint, die türkische Regierung auf ihrer Ansicht, daß der Völkerbundrat nicht das

Recht besitze, diese Grenze in bestimmter Weise festzusetzen, sondern daß ihm nur die Rolle des Vermittlers zwischen den beiden streitenden Parteien Großbritannien und der Türkei zufalle. Ferner wird sich der Rat mit dem Bericht der Untersuchungskommission für den griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt zu beschäftigen haben, um zu den darin formulierten Entschädigungen und Empfehlungen Stellung zu nehmen. Ein weiteres wichtiges Problem bildet die finanzielle und wirtschaftliche Sanierung Österreichs. Die progressive Aufhebung der Finanzkontrolle und die Erleichterung des Abflusses von Handelsverträgen mit den Nachbarländern sind die beiden Kernpunkte der diesbezüglichen Diskussion. Ferner wird sich die Aufmerksamkeit des Rates der Vorbereitung der zu einem späteren Zeitpunkt einzuberufenden internationalen Abrüstungskonferenz und der allgemeinen Wirtschaftskonferenz (Projekt Loucheur) zuwenden. Schließlich sind noch einige Minderheitenfragen auf der Tagesordnung.

Ob noch im Laufe der Dezembertagung des Rates ein Besuch der deutschen Regierung am Aufnahme des Reichstages in den Völkerbund eintreffen wird, erscheint derzeit unklar. Falls dieses Besuch rechtzeitig eintreffen sollte, so könnte die außerordentliche Völkerbundversammlung bereits auf die zweite Hälfte des Monats Januar 1926 einberufen werden.

Kurze Nachrichten

Rundgebung der Saarländer in Berlin. Die in Berlin lebenden Saarländer veranstalteten Freitag abend in den Epochen-Sälen eine geniale Rundgebung, die in einem glühenden Bekenntnis zur alten deutschen Heimat gipelte. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Mitgliedes des saarländischen Landtages, Wilhelm Schmeller, sprach Rectorer Wilh. Reichardt-Saarbrücken. Er schloß mit Worten der Jubelstimmung, daß in nicht allzuferner Zeit die endgültige Wiedervereinigung der schönen Lothar für die in harter Prüfung bewiesene Vaterlandstreue sein werde.

Luftverbindung Paris-Berlin. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ will wissen, daß im kommenden Frühjahr eine Luftverbindung Paris-Berlin mit einer Zwischenlandung in Köln geplant ist.

Der Vorstand des deutschen und preussischen Städtebundes wählte den Ministerialdirektor Oskar Müller zu seinem Geschäftsführer.

Das Finanzgesetz Loucheurs wurde am Freitag vom französischen Senat als Ganzes mit 215 gegen 26 Stimmen angenommen.

Ratifizierung des deutsch-schweizerischen Zollabkommens. Der schweizer Bundesrat hat das vorläufige Zollabkommen mit dem Deutschen Reich ratifiziert.

Begegnung Chamberlain-Tschitscherin in Venedig? Die „Post“ gibt zu melden, daß Brian als verhörender Richter zwischen England und Rußland auftreten sollte unter der Voraussetzung eines günstigen Verlaufes seiner Bemühungen sei eine Zusammenkunft Chamberlains und Tschitscherins für die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr in Venedig vorgesehen.

Einigung im Grenzstreit zwischen Ulster und Irland. Wie aus London berichtet, ist nach einer Reihe von Besprechungen zwischen den Vertretern von Ulster und des Freistaates Irland die Grundlage für eine Einigung im irischen Grenzstreit gefunden.

Kuomintang gegen Kommunisten. Die chinesische revolutionäre Partei der Kuomintang hat nach einer amerikanischen Meldung aus Peking alle Mitglieder, die kommunistische Gesinnung betätigen, ausgeschlossen, da diese Mitglieder die Ergebnisse gegenüber der Moskauer Zentrale der Wahrung rein nationaler chinesischer Interessen vorzögen.

Verschiedenes

Die Kälte. Von überallher treffen Meldungen über große Kälte ein. In Schweden wurde gestern als niedrigste Temperatur 33 Grad Kälte festgemessen. In der Ostsee hat sich stellenweise Eis in Stärke von 8-10 Zoll gebildet. In Ostpreußen herrschten 16 Grad Kälte. Der Schifffahrtsbetrieb auf der Elbe bei Hamburg ist infolge der starken Eisbildung eingestellt worden. Im Schweizer Jura herrschte eine Kälte von 30 Grad Celsius. Die Temperatur ist während des ganzen gestrigen Tages nicht über -23 Grad gestiegen. München berichtete heute morgen 27 1/2 Grad Kälte.

Aberlegenheit und Erfahrung klang daraus. Einfacheres, anspruchsloseres Schmecken und Hineinleben in die Empfindungswelt des Schaffenden verspürte man nur bei den Vorträgen L. Baumanns, so unbedeutend und unpersönlich diese an sich sind. Aber gerade dabei zeigte sich, wie kultivierter Solologsang das Resultat erheblich verbessern kann. Als Begleiterinnen waren Elisabeth Gutmann, die ehemalige Lehrerin der Sängerin, und Gerda Baumann, deren jüngere Schwester, aufgetreten.

Vorlesungsabend von Lina Ritter

Im Saal der „Drei Jahreszeiten“ las auf Veranlassung der Gesellschaft für geistigen Aufbau die elsässische Dichterin Lina Ritter aus eigenen Werken vor, deren Grundmotiv heute stets die Sehnsucht nach der Heimat und die heroische Überwindung des Heimwehs ist. Solches klang schon aus dem sprachvollendeten Einakter „Dantes Heimweh“, und noch viel früher aus der dramatischen Szene „Mater boni consilii“. Aber didaktisch am wertvollsten erschienen einzelne Teile aus den „Anpolitischen Gesängen“, die in der Tat Lina Ritter als die bedeutendste didaktische Frau kennzeichnen, die das Elsass besitzt. Der anderthalbstündigen Vorlesung folgten zahlreiche Zuhörer mit innerer Anteilnahme.

Ein unbekannter Leibl. Man weiß, daß einige Gemälde Leibls, von denen man aus Briefen und aus alten Nachrichten zuverlässige Kunde hat, heute unauffindbar sind. Zu diesen Bildern gehört auch das Porträt der Juliette Braun, alias Madame de Laun, das Leibl 1870 in Paris malte. Dieses Bildnis glaubt Emil Waldmann, wie er in einem ausführlichen Aufsatz in dem soeben erschienenen, nebenbei gesagt besonders reich und schön illustrierten Novemberheft der Zeitschrift „Die Kunst“ (H. Brudmann u. G. Wändchen) ausführt, in einem sehr mondänen Damenporträt der Sammlung des Herrn von Renes in München wiedergefunden zu haben. Auf alle Fälle handelt es sich um ein sehr schönes, zweifellos echtes, vollgenügendes Werk Leibls, das stilistisch in der Mitte zwischen dem Bildnis der Frau Gebon (1869) und den beiden Porträts der großen Lina (1871) steht. Das Bild war bisher nicht in dem großen Waldmannschen Leibl-Katalog zu finden; auf alle Fälle wird das gemalte Deuvre Leibls dadurch um ein Meisterwerk seines Pariser Stils bereichert.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 6. Dezember, findet eine Wiederholung von Weber's „Oberon“ unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll statt. Für Dienstag, den 8. Dezember, wird eine Reueinstudierung von Verdi's „Amelia oder ein Mastenball“ vorbereitet. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Ferdinand Wagner, die szenische Leitung hat Otto Krauß. Am Donnerstag, den 10. Dezember, wird der musikalische Einakterabend („Lanz der Spröden, „Ais und Galatea“ und „Der Apotheker“) wiederholt. Am Sonntag, den 13., findet die erste Wiederholung von „Amelia oder ein Mastenball“ statt. Für Montag, den 14. endlich ist das „IV. Sinfonie-Konzert“ festgesetzt. Es bringt „Antike Tänze“ von Respighi, die „II. Sinfonie e-moll“ von Nachmann, das von Nikolai Deloff, Berlin vorgetragen wird. Musikalische Leitung Ferdinand Wagner. In der am Sonntag, den 6. Dezember zur Aufführung gelangenden Wiederholung von Wagner's „Oberon“ singen infolge Erkrankung in Personal Emmy Seiberlich und Maria Matternod die Partien der beiden Weermädchen. In der für Dienstag, den 8. Dezember in Aussicht genommenen Reueinstudierung von Verdi's „Mastenball“ sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Amelia: Lilly Blättermann, Oskar: Max von Erck, Richard: Wilhelm Kuntwig, Tom: Christian Lander, Richter: Hans Siegfried, Silvan: Karlheinz Böser, Ulrika: Randa Erad, René: Rudolf Weyrauch, Samuel: Dr. Hermann Bucherpfennig.

Ein zeitungswissenschaftliches Institut in Heidelberg. In langen Monaten gereifte Anregung des Ludwigshafener — in Kürze in Heidelberg wohnenden — Zeitungswissenschaftler Kommerzienrat Waldfisch soll in Wäldle verwirklicht werden. Es handelt sich um die Gründung eines zeitungswissenschaftlichen Instituts, das der Heranbildung guter Journalisten und der Selbstzensur der deutschen Presse dienen soll. Die organisatorischen Vorarbeiten wurden in einer Sitzung des großen Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zum Abschluß gebracht. Bei dem anschließenden Essen waren auch einige Professoren der Universität zugegen, die in ihrer philosophischen Fakultät dem Plan des großen Wertes sympatisch gegenüberstehen und ihre Förderung durch Berufung eines Dozenten für Zeitungswissenschaften, der unabhängig vom Institut wirken wird, dokumentieren werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Noch eine Plenarsitzung vor Weihnachten.

Der badische Landtag wird vor Weihnachten wahrscheinlich nochmals zu einer Plenarsitzung zusammentreten.

Die Umorganisation der Reichsbahn

Die „Frankf. Ztg.“ meldete heute, daß in absehbarer Zeit mit einer völligen Umgestaltung der Reichsbahnverwaltung zu rechnen sei. Das gesamte Reichsbahnnetz solle sechs Generaldirektionen unterstellt werden, von denen zwei nach Süddeutschland verlegt werden. Während die eine das bairische Bahnnetz umfasse, solle die andere ihren Sitz in Frankfurt a. M. erhalten und ihre Bahnstrecken von Hessen, Baden, Württemberg und der Pfalz eingegliedert werden.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, werden die Reichsbahndirektionsbezirke vom Beginn des nächsten Jahres ab in einfacher Weise untereinander abgerechnet, damit die bisher fehlende Beurteilung der Güte der Wirtschaftsführung in den einzelnen Bezirken gewonnen werden kann. Sonstige organisatorische Änderungen oder gar eine völlige Umgestaltung der Reichsbahnverwaltung sind nicht geplant.

Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1925

St. L. A. Die Herbstwitterung war fast während des ganzen Monats November für die Bestellung der wenigen noch rückständigen Wintersaaten günstig. Die Saaten sind nun überall aufgelaufen und zeigen mit geringen Ausnahmen einen kräftigen Bestand, insbesondere die frühgeernteten, so daß bei guter Überwinterung das Beste gehofft werden kann. In den letzten Novembertagen haben ergiebige Schneefälle, die z. T. noch andauern, das ganze Land in das Winterkleid gehüllt und den Saaten Schutz gegen die mildernden schon empfindlich gewordenen Kälte gegeben. Mit diesem frühen Winteranfang mußten auch die da und dort noch nicht vollständig zu Ende geführten Feldarbeiten (Tiefpflügen, Düngföhren usw.) eingestellt werden.

Die Klagen über mehr oder minder erheblichen Schaden in den jungen Saaten durch Ackerfresser und Saatkrähen dauern an, noch häufiger sind die Meldungen über die Mäuseplage. Vielfach wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Schneedecke, sofern sie von Dauer ist, weiteres Umsichgreifen des Schadens verhindern wird.

Zusammenstellung der Nachrichten über den Saatenstand Anfang Dezember 1925 in Baden

Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt

Landes- kommis- sions- bezirke	Zu Beginn des Monats Dezember 1925 war der Stand der Saaten wie folgt: Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering.			
	Winter-			
	Weizen	Speis-	Roggen	Gerste
Konstanz	2,3	2,3	2,2	2,2
Freiburg	2,2	2,5	2,2	2,1
Karlsruhe	2,3	2,3	2,3	2,2
Mannheim	2,2	2,2	2,2	2,2
Im ganzen	2,3	2,3	2,2	2,2
dagegen				
Anfang Nov. 1925	2,3	2,2	2,2	2,1
Dezember 1924	2,3	2,2	2,4	2,2

Urteil gegen einen badischen Kommunisten

In dem Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Jugendleiter Philipp Geiger aus Mannheim-Neckarau wurde, wie von Leipzig gemeldet wird, der Angeklagte wegen Sprengstoffverbrechens und Vergehens gegen § 7 des Republikverfassungsgesetzes zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und Mk. 200.— Geldstrafe verurteilt. Der Reichsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten beantragt. Das Gericht rechnete Geiger jedoch seine Jugend mildernd an. Die Geldstrafe und 7 Monate der Freiheitsstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Die schweizerische Elektrifikation

Vor den Vereinigten Kreisbahnräten der Schweiz sprach Generaldirektor Schaff über die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebes. Er führte dabei u. a. aus, daß mit jedem Kilometer, den die Bundesbahnen weiter elektrifizieren, die Wirtschaftlichkeit vorteilhafter wäre. Es sei zwar der Betrieb der Bundesbahnen im Jahre 1924 um 0,6% verteuert worden; das liege aber daran, daß die Einrichtungen noch nicht voll ausgenutzt werden könnten, weil die Ausbauten noch nicht zu Ende seien. Die mittlere Jahresleistung des Fahrpersonals sei aber infolge der kürzeren Fahrzeiten, des Wegfalls des zeitraubenden Kohlen- und Wassertransports usw. um 25% größer als früher. Wenn im Jahre 1929 die Elektrifikation vollendet sein werde, werde der elektrische Betrieb billiger sein als der Dampftrieb, man werde allein an Kohlen 800 000 Tonnen jährlich sparen. Bei fortschreitender Elektrifikation werde man in den späteren Jahren sogar für 27 Millionen Franken Kohlen ersparen.

Nr. 49 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Staatsministeriums; die zweite Änderung des Gebäudebesondersteuergesetzes; des Finanzministeriums und des Ministers des Innern: der Vollzug des Gebäudebesondersteuergesetzes; des Finanzministeriums: der Vollzug des Notengesetzes über die achte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes; des Ministers des Innern: Verleß mit Vieh und Fleisch; des Ministers des Kultus und Unterrichts: über die Änderung der israelitischen Landeskirchensteuerordnung und der israelitischen Ortskirchensteuerordnung; die Schulordnung für die Volksschulen.

Gemeinde-Rundschau

Mannheim und die Wohnungsnot. Die Verschärfung des Wohnungselends in Mannheim kommt dadurch zum Ausdruck, daß nach den Erhebungen des Statistischen Amtes der Stadt Mannheim bei der letzten Wohnungszählung rund 6000 Familien festgestellt wurden, die keine eigene Wohnung besitzen, sondern irgendwie notdürftig untergebracht sind. Aussichten auf eine baldige Besserung dieser trostlosen Verhältnisse bestehen nicht. Von der Größe der Not kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, daß in ganz Deutschland, nach vorläufigen Feststellungen, jetzt über 600 000 Wohnungen fehlen. Anfangs nächsten Jahres werden alle Wohnungssuchenden vornehmen. Vermutlich dürfte sich dabei die übertragende Feststellung ergeben, daß die bisher bekannten Zahlen doch erheblich zusammenschmelzen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Zahl der Bewerber für neue Wohnungen viel geringer ist, als man bisher angenommen hat.

Eine Carl Benz-Straße in Mannheim. Der Stadtrat Mannheim hat beschlossen, zu Ehren des Mannes, dessen Erfindung auf dem Gebiet des Automobilbaues grundlegend für die Schaffung einer bedeutenden Industrie in Mannheim waren und dessen Name heute eines der größten industriellen Werke unserer Stadt trägt, die an den alten Benzwerken (jetzt Motorenwerke) vorbeiziehende bisherige Liebigstraße und deren Fortsetzung die bisherige Singenstraße, in Carl Benz-Straße umzubenennen.

Zur Wasserwerkvergabe Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg stimmte einem Vertragsentwurf der Stadt mit dem Finanzministerium zu betr. Veräußerung arabischen Geländes im Schwelinger Hardtwald zur Errichtung eines Grundwasserwerkes für die Stadt Heidelberg. Ferner wurde zugestimmt einem Projekt des Wasserwerks zur Hebung der Wasserwerkvergabe des Stadtteils Sandshausheim, und zwar soll im Siebenmühlental ein Staubecken errichtet werden, das ungefähr 400 cbm Wasser zu fassen vermag.

Die Elektrizitätsversorgung des Schwarzwalds. Die Schwarzwälder Handelskammer in Willingen hatte die Industriekreise ihres Bezirkes und andere zu einer Aussprache über grundsätzliche Fragen der Elektrizitätsversorgung eingeladen. Die Erörterung fand statt im Rahmen eines Vortrages des Direktor Veder vom Kraftwerk Laufenburg, der über dieses Kraftwerk und die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung Willingen in den letzten 17 Jahren sprach. Überdies schilderte er weiter den Ausbau der elektrischen Anlagen auf dem Schwarzwald durch das Badenwerk usw. und behandelte auch die Frage des Schlusshauswerkes, der großen Dampftraktwerke in Mannheim und Stuttgart usw. Die Industrie müsse sich mehr auf die Kraftabgabe während der Nachstunden einstellen. Veder bewies, daß die hohen Aufwendungen für das Traberwerk mit seinem Stausee bei Schönwald und für das Wöhrenbacher Werk sich rentieren würden. Letzteres verteidigte Bürgermeister Krauth-Wöhrenbach, der betonte, man solle die Entwicklung des Wöhrenbacher Werkes ruhig abwarten. Die Höhe der Strompreise bemängelte Dr. Kienle-Willingen, besonders für die Kleinindustrie, bei der, wie bei jeder anderen Industrie die hohen Strompreise eine wichtige Rolle spielen.

Aus der Landeshauptstadt

Bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe fand mit einer schlichten Feier am 4. Dezember die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Bediensteten der ehemaligen Badischen Staatseisenbahnen statt. In eindrucksvollen Worten gedachte der Präsident der Reichsbahndirektion, Freiherr von Eis-Wüstenberg, der Eisenbahner des Direktionsbezirks, die ihr Leben zum Wohle des Vaterlandes im Weltkrieg geopfert haben. Pflicht und tiefempfundenen Bedürfnis des Volkes sei es, seiner Toten zu gedenken und durch treue Pflichterfüllung auch in schwerer Zeit sich ihnen dankbar zu erweisen. Der Präsident bedauerte, daß Zeit und Raum eine Feier in weitem Rahmen nicht zugelassen haben. Nach weiteren Ansprachen durch die Vertreter des Bezirksamtes und Bezirksbetriebsrats erfolgte durch den Präsidenten die Enthüllung der im Haupteingang zum Verwaltungsgebäude angebrachten Gedenktafel mit der Aufschrift: „Den Anbedenken der für das Vaterland gestorbenen 888 Beamten, Arbeiter und Angestellten der Badischen Staatseisenbahnen“. Von der Reichsbahndirektion und deren Personal wurden Vorbeerbefragte niedergelegt.

Schweizer Morgenkonzert im Bad. Landestheater. Auf die musikalische Morgenveranstaltung, die morgen Sonntag, den 6. Dezember, 11 1/2 Uhr im Bad. Landestheater stattfindet und mit der die „Schweizer Lage in Karlsruhe“ ihr Ende nehmen, wird nochmals aufmerksam gemacht, zumal das Programm so selten gehörte Werke wie das Bläserfestspiel von Hans Huber oder die schöne Violinsonate von Fritz Brun enthält. Besonders Interesse wird sodann die reichsdeutsche Uraufführung eines „Concerto“ von Robert Alun-Jüdic begeben, womit auch die junge Generation Schweizer Komponisten im Gesamtrahmen der Konzertveranstaltungen zu ihrem Recht kommt.

Wohltätigkeitskonzert. Wie bekannt wird, haben in dankenswerter Weise Chormeister Jassell von hier, sowie Obermusikmeister Heißig von hier die Vorbereitungen zu einem Wohltätigkeitskonzert getroffen, das am Sonntag, den 13. Dezember 1925, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, im großen Saale der Stadt. Festhalle hier, veranstaltet werden soll. Der Reinerlös soll reiflich den hiesigen Kriegshilfs- und Kriegshinterbliebenen zufließen. Als Mitwirkende haben die dem Karlsruher Publikum bestens bekannten Kräfte, Helmuth Reugebauer vom Nationaltheater in Mannheim und Konzertmeister Foigt, vom Landestheater hier, bereits zugesagt. Chormeister Jassell ist es gelungen, aus mehreren Vereinen von Karlsruhe und Umgebung, darunter die Sängervereinigung der Karlsruher Polizeibeamten, einen Chor von circa 400 Sängern zusammenzustellen. Außerdem wird die beliebte Kapelle der Vereinigten Polizeimusiker unter bewährter Leitung ihres Dirigenten, Obermusikmeister Heißig, mitwirken. Da sich der Eintrittspreis in mäßigen Grenzen bewegen wird, so darf erwartet werden, daß sich die Karlsruher Bevölkerung aller Stände recht zahlreich bei dem Konzert einfindet und damit dazu beiträgt, daß manchem Kriegshinterbliebenen und vielen Kriegswaisen eine kleine Weihnachtsgabe bereitet werden kann.

Lautenabend Agnes Delfaria. Die anerkannte Meisterin des deutschen Lautenensanges wird am 7. Dezember 1925 ihren diesjährigen Karlsruher „Lustigen Abend“ im Künstlerhaus geben. Allen Freunden echter Vortragskunst steht demnach ein an Launen und Humor wie auch an musikalischen Werten reicher Abend bevor. Die Kartenausgabe in der Kongerzdirection Kurt Reufeldt hat begonnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens: Bei andauernd wolkenlosem Wetter war der gestrige Tag sehr kalt. Das Temperaturmittel lag in der Ebene bei -9 1/2 Grad (12 1/2 Grad unter normal). In Baden herrscht heute früh strenger Frost: Ebene und Schwarzwald -14 Grad, Saar -25 Grad (München sogar -27 Grad). Der Kern des Hochdruckgebietes (786 mm) ist südöstlich nach dem Böhmer Wald gezogen. In 46 Grad Breite und 30 Grad Westlänge liegt eine starke Cyclone (719 mm), deren Warmfront England erreicht hat. Auch in Skandinavien und den Ostseeländern ist Erwärmung eingetreten. Zunächst besteht das klare Frostwetter jedoch bei uns fort. **Voraussage für Sonntag:** Sehr starker Frost, besonders Ebene, (Gebirge leichte Temperaturumkehr), meist heiter. **Für Montag:** Bewölkungszunahme und Milderung des Frostes.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Dez.		4. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.54	169.96	168.59	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	103.94	104.20	105.07	105.33
Italien . . . 100 L.	16.91	16.75	16.90	16.94
London . . . 1 Pf.	20.361	20.411	20.342	20.392
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	16.28	16.32	16.085	16.125
Schwiz . . . 100 Fr.	80.92	81.12	80.84	81.04
Wien 100 Schilling	59.13	59.27	59.15	59.29
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.425	12.465

Die Umstellung der Heinrich Lang A.-G. vollzogen. Der notarielle Akt der Umstellung der Fabrik Heinrich Lang Mannheim in eine Aktiengesellschaft ist am 3. Dezember 1925 vollzogen worden. In der Gründungsversammlung wurden in den Aufsichtsrat gewählt: Inhaber Dr. Hermann Rüdling-Röllingen als Vorsitzender, Kommerzienrat Dr. Willington-Derrmann in Berlin (Deutsche Bank) als stellvertretender Vorsitzender, ferner Dr. Berne, stellvertretender Direktor der Deutschen Bank Berlin, Rechtsanwalt Dr. Max Hagenburg, Mitglied des Reichsrates, Mannheim, Generaldirektor Meiborne-Lindek in Mannheim, Dr. Pastor-Mannheim, Diplomingenieur Rüdling-Mannheim, v. Seubert und Generaldirektor Paul Jabel-Heidelberg. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt: Kaufmann Max Schmid und Ingenieur Egon Kaufmann, zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern Kaufmann Otto Paul und Dr. Ing. Otto Kallisch. Das 12 Millionen RM. betragende Aktienkapital wurde von dem bisherigen Inhaber der offenen Handelsgesellschaft Heinrich Lang übernommen.

Der Kaliabsatz im November. Der Kaliabsatz im November 1925 des Deutschen Kalisyndikats betrug 576 053 Doppelzentner Meinkali. Der Gesamtabsatz in den ersten 11 Monaten 1925 betrug somit 11 664 451 Doppelzentner Meinkali gegen 7 572 426 Doppelzentner der gleichen Zeit des Vorjahres.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen. In der am 4. Dez. stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre wurde für das Jahr 1924 die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. auf nom. RM. 5 000 000.—, zur Auszahlung ab 5. Dezember ds. Js. beschlossen.

Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stande vom 3. Dezember

Börse: Die Unterzeichnung des Paktes von Locarno hat an der Börse Befriedigung ausgelöst, doch war die Erholung nur von kurzer Dauer. Ausländische Käufe, die auf den Pakt schluß getätigt wurden, betrafen lediglich dividendenabhängende Papiere und waren für den Gesamtmarkt ohne Bedeutung. Angesichts der zu erwartenden politischen Krise im Innern durch den Rücktritt der Reichsregierung nach der Unterzeichnung in London und angesichts der katastrophalen Lage unserer Wirtschaft traten die günstigen Momente vollständig in den Hintergrund. Die deutsche Eisenindustrie kam infolge des Frankfurterbeschlusses durch Unterbietungen seitens der französischen Eisenindustrie weiter in Schaden. Infolge des wirtschaftlichen Zerfalls, der in den Betriebseinsparungen, Stilllegungen, Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen, in der Zunahme der Konkurse und Geschäftsaufhörungen — von Monat zu Monat werden neue Rekordziffern erreicht — eine greifbare Form angenommen hat und angesichts der ungewissen Zukunftslage hat überall eine stark pessimistische Stimmung Platz gegriffen, die sich natürlich in der Kursbewertung vor allem ausdrückt.

Geldmarkt: Die Abwicklung des Novemberultimo hat sich überall leicht vollzogen und an den Geldmärkten macht sich wieder eine Entspannung fühlbar. Die jüngst bekanntgegebenen zweimonatlichen Bilanzen der Berliner Banken auf Ende Oktober zeigten, daß die Unterfützung der Wirtschaft durch Kredite der Großbanken nur geringe Fortschritte gemacht hat, aber auch, daß auf der anderen Seite die Bildung von Sparkapital der Bevölkerung bei den Banken nur schwach zugenommen hat. Die Reichsbank zeigte in ihrem letzten Ausweis eine weitere Entlastung und einen Rückgang des Notenumlaufs an.

Produktenmarkt: Die höher lautenden Forderungen des Auslandes riefen auch an den deutschen Produktenmärkten eine ziemliche Befestigung hervor und die Preise zogen deutlich, wenn auch unter Schwankungen an. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 254 (plus 11), Roggen 161 (plus 3), Winter- und Futtergerste 168 (plus 2), Sommergerste 215 (minus 1), Hafer 179 (minus 2) Mark pro Tonne und Mehl 37 1/2 (plus 2 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die Wirtschaftskrise ergreift Industrie, Groß- und Einzelhandel ohne Unterschied. Überall liegt das Geschäft darnieder, die Konkurrenz steigt ständig und nach Erledigung des wenig aussichtsreichen Weihnachtsgeschäftes ist mit einem weiteren Massenzusammenbruch zu rechnen. Es ist ein blutiger Witz eines Berliner Großbankiers, der aber den Ernst der Lage richtig kennzeichnet, daß, wer die schwierige Zeit vor Weihnachten unerschüttert und unangefochten besteht, dafür im nächsten Frühjahr in Konkurs oder unter Geschäftsaufsicht kommt. Wenn selbst solide, angesehene, 100-jährige Firmen von diesem Prozeß wie von einer Dampfwalze erdrückt werden, so kann sich keiner mehr der Illusion hingeben, er sei gegen einen Sturz gesichert.

Viehmarkt: An den Schlachtviehmärkten war der Auftrieb etwas geringer. Die Preise waren etwas nach unten geneigt. Die Versorgung für Weihnachten hat noch nicht eingeleitet.

Solamarkt: An den Rundholzmärkten hat sich die Marktlage kaum verändert. Das Geschäft ist bei der Geldknappheit sehr flau.

Pianos-Harmoniums

erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen.

KARL LANG

Kaisersraße 167
D947 Telefon 1073
Salamanderschuhhaus

Dr. Mannheim, 4. Dez. Nach kurzer Krankheit ist der erste Kapellmeister des Mannheimer Nationaltheaters, Werner von Bülow, heute früh im Alter von 88 Jahren gestorben. Er war ein Sohn des früheren kommandierenden Generals des 14. (bavischen) Armeekorps.

Staatsanzeiger

Die zweite juristische Prüfung im Spätsommer 1925 Aufgrund der im Spätsommer 1925 bestandenen zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsauffessoren ernannt worden:

Anschütz Walter aus Heidelberg, Weyler Eugen aus Miltach i. Gf., von Voeth Hans aus Spingen, Drecher Kurt aus Mannheim, Dr. Dagmaier Heinrich aus Sinsheim, Dr. Heim Wilhelm aus Mannheim, Held Alfred aus Rehl, Kellerer Albin aus Krautheim, Marx Ernst aus Sandhausen, Dr. Müller Richard aus Mannheim, Schutter Max aus Rehl, Ueberle Karl aus Heidelberg, Weiler Alfred aus Karlsruhe, Dr. Jüricher Paul aus Sandhausen.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.
Der Justizminister
F. B.: Schmidt.

Das allgemeine Dienstalter der Gerichtsauffessoren Aufgrund des § 6 der Verordnung vom 17. November 1917, die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienst betr. (S. 11. 391), sind folgende aus der zweiten juristischen Prüfung im Spätsommer 1925 hervorgegangenen Gerichtsauffessoren, die infolge Einberufung zum Kriegsdienst die zweite juristische Prüfung verspätet abgelegt haben, nach Maßgabe ihrer Prüfungsergebnisse in einen früheren Prüfungsjahrgang eingestellt worden und zwar:

In den Prüfungsjahrgängen
Frühjahr 1923: Dr. Richard Müller,
Spätsommer 1923: Alfred Held,
Frühjahr 1924: Eugen Weyler, Albin Keller, Karl Ueberle, Alfred Weiler, Dr. Paul Jüricher.
Spätsommer 1924: Max Schutter.
Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.
Der Justizminister
F. B.: Schmidt.

Personeller Teil Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Polizeiaffistent Wilhelm Muz in Mannheim zum Polizeisekretär, Polizeiwachmeister Franz Oberle in Pforzheim zum Polizeisekretär, Polizeiwachmeister Josef Diehm zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim zum Polizeioberwachmeister, Rangassistent Valentin Schmitt bei der Gebäudeversicherungsanstalt zum Verwaltungsauffessent.

Versetzt:
Verwaltungsobersekretär Alois Hägel beim Bezirksamt Heidelberg zum Bezirksamt Mannheim, Verwaltungsobersekretär Walter Bessler beim Bezirksamt Ettlingen zu jenem in Heidelberg.

Justizministerium
Planmäßig angestellt:
Amtsgehilfe Wilhelm Schach beim Amtsgericht Rehl.

Ernannt:
Justizpraktikant Otto Gassenfuß bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zum Justizobersekretär.

Versetzt:
Justizinspektor Egon Efinger beim Amtsgericht Trieburg zum Amtsgericht Buchen, die Justizobersekretäre Karl Braunstein beim Amtsgericht Buchen zum Amtsgericht Trieburg, Gustav Groß bei der Direktion der Strafanstalten in Bruchsal zum Amtsgericht daselbst, Eugen Singer beim Notariat Vörsach zum Amtsgericht daselbst, Philipp Wieland beim Notariat Gernsbach zum Amtsgericht daselbst; die Rangassistenten Josef Gutterer beim Notariat Trieburg zum Amtsgericht daselbst, Philipp Nisch beim Notariat Konstanz zum Staatsanwaltschaft daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Planmäßig angestellt:
Pfleger Daniel Bretthaupt an der chirurgischen Klinik der Universität Heidelberg.

Berufen:
Prof. Dr. Karl Freudenberg o. Prof. für Chemie, an der Technischen Hochschule Karlsruhe in gleicher Eigenschaft an die Universität Heidelberg.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Handelslehrer Ernst Bachmann an der Handelshochschule in Heidelberg.

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes:
Oberlehrer Konrad Mosbrugger in Zundweier, Amts Otfenburg.

Ministerium der Finanzen
Planmäßig angestellt:
Die Bürogehilfin Franziska Kipp bei der Landeshauptkasse als Finanzassistentin.

Wasser- und Straßenbaudirektion
In der Eigenschaft als Dienstvorstand des Vermessungsamts Mühlheim belassen der Obergemeister Paul Oeder daselbst.

Ernannt:
Zu Verwaltungsauffessoren die Verwaltungsauffessenten August Bahner in Badstut und Gustav Wittke in Offenburg. Zum Dommeister der Dommeisterkanzlei Rupert Reider in Mannheim unter Versetzung zum Wasser- und Straßenbauamt Vörsach.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit:
Die Straßenwärter Reinhard Wölter in Rheinfelden, Barmsbach, Georg Maurer in Badlingen und Josef Weingärtner in Schielberg.

Bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt:
Der Amtsgehilfe Konrad Klegger beim Badenwerk.

Gestorben:
Oberbauamt Dr. Ing. Friedrich Reithaler bei der Wasser- und Straßenbaudirektion und Obergemeister a. D. Camil Fischer in Mühl.

Polizeiwachmeister Emil Frey in Freiburg.

Künstlerhaus
Montag, den 7. Dezember, 8 Uhr
Lustiger Lautenabend 939
Agnes Delsarto
Vollständig neues Programm
Karten zu M. 1.50, 2.—, 3.— und 4.— bei
Kurt Neufeldt

Im Badischen Landestheater.
Sonntag, den 6. Dezember 1925
Anlässlich der Schweizer Tage in Karlsruhe
Morgen-Konzert
(III. Schweizer Konzert)
Veranstaltet von der Bläservereinigung des Bad. Landes-
theater-Orchesters u. von Lehrkräften des Bad. Konservatoriums
1. Serrett in B-dur für Klarinette, Fagott, Oboe, Klarinette,
Fagott und Horn
2. Sonate in d-moll für Violine und Klavier
3. Concerto für Klarinette, Trompete, Violine,
Baßklarinette und Cello (Schweizerische Musik).
N. Blum
Der Bachstein-Konzertsaal ist von Ludwig Schwilgut,
Erbringstraße 4.
Anfang 11 1/2 Uhr. Ende 1 Uhr.
Preise: Kart. 1.50, 1.— und 0.80.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Samstag, den 5. Dezember, 4 Uhr nachmittags
und abends 8 Uhr
Sonntag, den 6. Dezember, nur 4 Uhr nachm.

Im Wunderlande
des ewigen Eises
Geheimnisse von Alaska
Musik-Begleitung: **Polizeikapelle**
Preise: M. 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80
Erwerbslose, Schüler und Studierende gegen
Ausweis halbe Preise
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.
Konzerthaus geheizt 936

**Karlsruher Brauereigesellschaft vorm.
R. Schrepp u. A. Prinz u. G. Karlsruhe**
Bekanntmachung.
Inferer 36. ordentliche Generalversammlung
findet am Mittwoch, den 23. Dezember 1925,
nachmittags 4 Uhr, Badstraße 16/18, Saal III
hier, statt, wozu wir die Herren Aktionäre hiermit
ergebenst einladen.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über
die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1924/25.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Ver-
lustrechnung.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Bestimmung über die Verwendung des Rein-
gewinnes.
Karlsruhe, den 4. Dezember 1925. 937
Der Vorsitzende des Aufsichtsrats:
Geh. Hofrat Dr. Binz.

Guter Schlaf ist das beste Heil-
mittel.
Metallbetten für Groß und Klein, Stahlmatratzen,
auch mit Zubehör frachtfrei an Private seit 1911.
Viele tausende Dankschreiben und Nachbestellungen
Bequeme Bedingungen. Katalog 1131 frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Frauenarbeitschule
des
Badischen Frauenvereins
vom Roten Kreuz
(Gewerbliche Unterrichtsanstalt.)
Zur Hebung der Bildung und Erwerbsfähigkeit
des weiblichen Geschlechts.
Am 4. Januar 1926, vormittags 1/9 Uhr, beginnen sämt-
liche Kurse für häuslichen Bedarf in Handnähen, Maschinen-
nähen, Kleidermachen mit entsprechendem Schnittzeichnen,
Züden und Kunststoffen, Weißtischen, Kunsthandarbeiten auf
jedem Gebiet, Putzmaschinen, Feinbügeln, Frechandarbeiten, Buch-
führung, Rechnen u. Deutsch, Lebenskunde, Turnen u. Gesang.
Mittwochnamittagskurse für schon im Dienst stehende
Zimmermädchen und Jungfern.
An Ostern 1926 Eintritt in die Berufsausbildungen:
Vorbereitungsklasse Dauer 1 Jahr für die Aufnahme-
prüfung des Handarbeitslehrerinnenamts.
Für Weibchenherinnen und Kleidermacherinnen Dauer 3
Jahre mit Abschluss der Gesellenprüfung.
Für Zimmermädchen (Dauer 1 Jahr).
Für Kammerjungfern (Dauer 2 Jahre).
Für Hauswirtschaftliche Stützen (Dauer 2 1/2 Jahre).
Schülerinnenheim für auswärtige Teilnehmerinnen am
Unterricht. Sogfällige Erziehung und Pflege.
Sitzungen durch die Anstalt, Gartenstr. 47. Anmeldungen
bei der Vorsteherin, Fräulein Josefine Mayer, Hauptlehrerin,
täglich zwischen 11—12 Uhr oder schriftlich. Für den Oster-
eintritt für fortbildungspflichtige Mädchen bis spätestens
1. Februar 1926.
Karlsruhe, im November 1925. 936
Der Vorstand des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz.

Junge Leute
Hypothekengläubiger wer-
den aufgefordert, späte-
stens in dem auf:
Donnerstag, 18. März
1926, vorm. 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten
Gerichte anberaumten Auf-
gebotsstermine ihre Rechte
anzumelden, widrigenfalls
ihre Ausschließung mit
ihren Rechten erfolgen wird.
Bonnard, den 30. No-
vember 1925. Der Ge-
richtsschreiber des Bad.
Amtsgerichts. 937

Aufgebot.
C. 662. Bonnard. Der
Landwirt Gottfried Diet-
sche und der Tagelöhner
Adolf Güntert, beide in
Wellendingen, haben das
Aufgebot zum Zweck der
Ausschließung des derzeit-
igen Hypothekengläubi-
gers bezüglich der auf den
ihnen gehörenden Grund-
stücken der Gemarung
Wellendingen Lgb. Nr.
1138, 1125 und 1126a
bzw. Lgb. Nr. 1136, im
Grundbuch Wellendingen
in der III. Abt. Nr. 9 für
den Gastwirt Jakob Sil-
bert in Bonnard, später
in Nestetten wohnhaft, da-
selbst am 22. Dezember
1923 gestorben, eingetra-
genen Sicherungshypothek
für Gleichstellungszeit von
12 7/8 M., nebst 4 Proz.
Zins vom 4. September
1903 ab gemäß § 1170
BGB, beantragt.
Die Rechtsnachfolger des

17. Dezember 1925. An-
zeige zu machen.

Donauschlingen, den 30.
November 1925.
Amtsgericht I.

C. 660. Karlsruhe. Über
das Vermögen der Firma
Südd. Tee-Import Erwin
Josenhans in Karlsruhe
und deren Alleinhabers
Erwin Josenhans, Kauf-
mann hier, wurde heute
am 3. Dezember 1925,
vormittags 11 Uhr, das
Konkursverfahren eröff-
net, da die Gemeinschul-
dnerin ihre Zahlungsver-
pflichtung eingekümt hat.
Der Rechtsanwalt Otto
Weil in Karlsruhe wurde
zum Konkursverwalter er-
nannt. Konkursforderun-
gen sind bis zum 10. Ja-
nuar 1926 bei dem Ge-
richte anzumelden. Es ist
Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte
zur Beschlußfassung über
die Beibehaltung des er-
nannten oder die Bestel-
lung eines Gläubigeraussch-
usses und eintretendenfalls
über die in § 132 der
Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände und
zur Prüfung der ange-
meldeiten Forderungen auf
Dienstag, den 19. Januar
1926, vormittags 9 Uhr,
Akademiestr. 6, 3. Stock,
Zimmer 26. Allen Per-
sonen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige
Sache in Besitz haben oder
zur Konkursmasse etwas
Schuldig sind, wird aufge-
geben, nichts an die Ge-
meinschuldnerin zu ver-
abfolgen oder zu leisten,
auch die Verpflichtung
aufzuerlegen, von dem
Besitz der Sache und von
den Forderungen, für welche
sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in
Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum
10. Januar 1926 Anzeige
zu machen. Karlsruhe,
den 3. Dezember 1925.
Gerichtsschreiber des Bad.
Amtsgerichts A. 3.

Konkursveröffnung.
C. 660. Donauschlingen.
Über den Nachlaß des am
23. Nov. 1925 in Donau-
schlingen verstorbenen
Studenten Hans Jürgen
Dennig ist heute am 30.
November 1925, vormit-
tags 9 Uhr, das Konkur-
sverfahren eröffnet, da der
Nachlaß überschuldet ist.
Rechtsanwalt Dr. Dienst
in Donauschlingen wird
zum Konkursverwalter er-
nannt.
Konkursforderungen sind
bis 30. Dezember 1925
bei dem Gerichte anzu-
melden.
Es wird Termin anber-
aumt vor dem diesseitigen
Gerichte, zur Beschluß-
fassung über die Beibehal-
tung des ernannten oder
die Wahl eines an-
deren Verwalters, sowie
über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und
eintretendenfalls über die
in § 132 der Konkursord-
nung bezeichneten Gegen-
stände auf
Donnerstag, den 7. Ja-
nuar 1926, nachmittags
3 Uhr, und zur Prüfung
der angemeldeten Forder-
ungen auf
Donnerstag, den 7. Ja-
nuar 1926, nachm. 3 Uhr.
Allen Personen, welche
eine zur Konkursmasse
gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkurs-
masse etwas schuldig sind,
wird aufgegeben, nur an
den Konkursverwalter zu
verabfolgen oder zu lei-
sten, auch die Verpflich-
tung aufzuerlegen, von dem
Besitz der Sache und von
den Forderungen, für wel-
che sie aus der Sache ab-
gesonderte Befriedigung
in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum

17. Dezember 1925. An-
zeige zu machen.
Donauschlingen, den 30.
November 1925.
Amtsgericht I.

C. 661. Wiesloch. Über
das Vermögen des Kon-
werks Malisch G. m. b. H.
in Wiesloch wird, da die
Firma die Zahlungen ein-
gestellt hat, heute am 3.
Dezember 1925, nachm.
5 Uhr, das Konkursver-
fahren eröffnet.
Rechtsanwalt Illmer in
Wiesloch wurde zum Kon-
kursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind
bis zum 4. Januar 1926
bei dem Gerichte anzu-
melden.
Es wurde zur Beschluß-
fassung über die Wahl
eines anderen Verwalters,
sowie über die Bestellung
eines Gläubigeraussch-
usses und eintretendenfalls
über die in § 132 der

Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände und
zur Prüfung der ange-
meldeiten Forderungen
auf Montag, den 18. Ja-
nuar 1926, vormittags 10
Uhr, vor dem Amtsgericht
Wiesloch Termin anber-
raumt.

Allen Personen, welche
eine zur Konkursmasse
gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkurs-
masse etwas schuldig sind,
wird aufgegeben, nichts
an den Gemeinschuldner
zu verabfolgen oder zu
leisten, auch die Verpflich-
tung aufzuerlegen, von dem
Besitz der Sache und von
den Forderungen, für wel-
che sie aus der Sache ab-
gesonderte Befriedigung
in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum
21. Dezember 1925 An-
zeige zu machen.
Wiesloch, 3. Dez. 1925.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

**Badisches
Landestheater**
Sonntag, 6. Dezember 1925
D. 10. 10. 1.—100
Oberon, König der Elfen
Große romant. Oper in 3 Aufzügen.
Musik von Carl Maria v. Weber
Musikal. Leitung: Dr. S. Knoll
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Personen:
Oberon: Hub
Titania: Seibertich
Droll: Rodisch
Pud: M. Straß
Meermädchen: Seibertich
Garon al Raschid: Mitterloch
Regia: Jacema-Brügelmann
Fatime: Blant
Dion: Th. Straß
Scherzamin: Siegfried
Rabestan: Rabinus
Almanzor: Janda
Nofhana: Rosette
Anfang 6 1/2, Ende nach 9 1/2
Spertheil I 940 Kart

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 6. Dez. 1925
Benison Schöller
Hofse in 3 Akten von
Ludwig Jacoby
In Szene gesetzt von F. Sey
Personen:
Philipp Klapproth: Jüder
Ulrike: Genter
Jda: Rabenmache
Franziska: Albrecht
Alfred Klapproth: Lejach
Rißling: Kloebe
Bernhardy: Kruhen
Joferybire: Noorman
Schöller: b. d. Trend
Annie: Frauenhofer
Freidrich: Bollner
Kämpel: Müller
Gröber: Sera
Jean: Gemmede
Anfang 7 1/2, Ende nach 9 1/2
Partett I Kart 4.20